

## Der Armutsbericht der Bundesregierung – der hat uns gerade noch gefehlt

Nach 6 Jahren hat die Regierung ihren 2. Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Die höchst offizielle nationale Armutsberichterstattung kommt zu der verblüffenden Erkenntnis dass „die Schere zwischen Arm und Reich“ sich „seit 1998 weiter geöffnet“ hat. „Die Unterschiede in der Verteilung der Vermögen in Deutschland sind beträchtlich“. Demnach besitzen die „einkommensstärksten 20% der Haushalte rund 2/3 des gesamten Nettovermögens“, auf das reichste Zehntel der Bevölkerung entfallen knapp 47 Prozent (1998 etwa über 42 Prozent) des Privatvermögens, wohingegen sich die unteren 50 Prozent aller Haushalte mit 3,8% (1998 noch 4,5%) des Vermögens bescheiden müssen. Von 1998 bis 2004 wuchsen die „Vermögen privater Haushalte um 17% auf 5 Billionen Euro“ an, während im gleichen Zeitraum „das durchschnittliche Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ – gerade mal – „um 6% auf 27.490 Euro“ anstieg und sich der Anteil der unter der Armutsgrenze Lebenden um 11,6% „von 12,1 auf 13,5% der Gesamtbevölkerung auf über 11 Millionen“ erhöhte; „von den Familien sind sogar 13,9% arm.“

„Das Geld ist höchst ungleich verteilt“ – wer hätte das gedacht? Kaum unterhält man einen kapitalistischen Klassenstaat, beschert den einen ein wirtschaftsverträgliches „Einkommen“ im Dienst an fremdem Reichtum, dessen Höhe im Verhältnis zu den Lebensnotwendigkeiten dafür garantiert, dass es Monat für Monat aufgebraucht wird; verordnet denen ohne Arbeit einen minimalen Unterhalt aus sparsam gehandhabten sozialen Kassen; und versorgt wieder andere mit allen standortfördernden Bedingungen zur Vermehrung ihres Geldes – und schon sind Arbeiter arm, Sozialhilfeempfänger ärmer, und einige „obere Haushalte“ verdienen „über Durchschnitt“. Das „Ausmaß relativer Einkommensarmut“ hat seit 1998 „beständig“ zugenommen. Na, so was! Besonders „bedenklich“ ist dabei die „zunehmende Armut unter Erwerbstätigen“, Merkwürdig: Kaum korrigiert man das bekanntermaßen viel zu „hohe deutsche Lohnniveau“ nach unten, schon werden die Leute „einkommensarm“; kaum richtet man der deutschen Wirtschaft einen „Billiglohnsektor“ ein, schon kann man vor einem bedenklichen „Trend zunehmender Ungleichheit bei den Bruttolöhnen“ warnen, der „nicht nur der Zunahme der Teilzeitschäftigung“ geschuldet sei, sondern sich auch und gerade „bei einer ausschließlichen Betrachtung der Vollzeitentgelte“ feststellen lasse. So tun sich Lohnabhängige mit dem allfälligen „Einteilen müssen“ schwer und schwerer. Dann „überschulden“ sie sich auch noch – und die Zahl der rettungslos in der Kreide stehenden „deutschen Haushalte“ steigt. Dabei ist rund ein Fünftel aller „Erwerbstätigen“ sowieso schon „arm“ und ein weiteres Drittel „schwebt in ständiger Gefahr“, durch diverse „Wechselfälle“ des Lebens „in Armut abzurutschen“. So „wechselhaft“ sind diese „Wechselfälle“ eben auch gar nicht: Wie der Armutsbericht zu vermelden weiß, bedarf es keiner besonders ausgefallenen Zutaten, um „deutschen Lebenslagen“ den Antritt einer Karriere nach unten zu beschern. Da genügt schon einer der vielfältigen Gründe, die einen Anwender von Lohnarbeit dazu veranlassen, das Arbeitsverhältnis und damit das Einkommen zu beenden – „Der Arbeitsplatzverlust gilt weiterhin als größtes Armutsrisiko“ (SPIEGEL). Von einer übermäßigen Entwicklung körperlicher Gebrechen, einer Ehescheidung oder der Geburt eines Kindes ist dringend abzuraten, weil alles dies die Schritte eines „durchschnittlichen“ Bundesbürgers unaufhaltsam in die „relative Armut“ lenkt. Überhaupt: Kinder! Sie sind nach der Arbeitslosigkeit nicht nur das zweitgrößte „Armutsrisiko“, sondern stellen selber auch „mit rund 1,1 Millionen die mit Abstand größte Gruppe der Sozialhilfeempfänger“. Die „Analyse“ zeigt, dass ihre Armut „vielfach eine Folge der geminderten Erwerbs- und Einkommenschancen ihrer Eltern“ ist. In den anderen Fällen sind sie wahrscheinlich einfach arm geboren und haben nichts dazu verdient.

Und warum erzählt der Staat uns das alles? Schließlich wollen da ja nicht die Anhänger der „Marx'schen Irrlehre“ namens „Verelendungstheorie“ den *produktiven Gegensatz*, der ohne Verelendung nie zu haben war, zur Anschauung bringen und auf die Abschaffung dieser Verhältnisse dringen. Der Bericht über „Armut und Reichtum in Deutschland“ ist die – seit kapitalistischen Urzeiten in unregelmäßigen Abständen immer wieder einmal – *von oben* angestellte interessierte Betrachtung und Beschreibung der Lage der arbeitenden Klasse: Verbürgt deren Lage noch Tauglichkeit und Loyalität, bzw. Tauglichkeit zur Loyalität? Wie weit können die notorisch Armen ihre Aufgaben und staatsbürgerlichen Pflichten noch erfüllen? Wirft die „soziale Frage“ Ordnungsprobleme auf? Gibt es Anlass zu Sorge, wenn größere Teile der Bevölkerung zum Beispiel des „Armutsrisikos“ wegen das Kinderkriegen einstellen und damit ihrer Pflicht, sich als Keimzelle des Staates zu bewähren, nicht mehr ordentlich nachkommen? Oder lässt sich die Sache mit 30 Piepen Kindergeld mehr im Monat auch schon wieder „steuern“ und auf den richtigen Weg bringen? Für was taugt ein Arbeiter, der selber schon „Sozialfall“ ist, und für was ein Sozialfall, der nicht arbeitet? Befindet sich die „Überschuldung deutscher Haushalte“ noch im „statistisch erträglichen“ Maß, oder läuft da etwas aus dem Ruder, das man am Ende nicht mehr „steuern“ kann? Das sind so die *herrschaftlichen Gesichtspunkte*, unter denen die Armut besichtigt wird. Auf 370 Seiten, streng wissenschaftlich ausgeführt mit Schaubild, Statistik und Querverweis, zeigt so ein Bericht, was die kapitalistische Wirtschaft so alles zu Wege bringt. Ihre regierenden Führungsleute sind sich dessen voll bewusst, lassen sogar einen Lagebericht verfassen und nehmen die Ergebnisse zur Kenntnis. Und sie entdecken in dem voluminösen Material nicht den geringsten akuten Handlungsbedarf. Oder umgekehrt: Der ganze Handlungsbedarf, den Armut heute in der Republik aufwirft, ist der, sie staatlicherseits genau zu beäugen. Das ist dann auch der ganze Ertrag des Armutsberichts: Die Regierung teilt der Öffentlichkeit mit, was sie alles zu verwalten hat – und dass sie diese Aufgabe nicht vernachlässigt. Und die Opposition bestreitet ihr das, weil ein bisschen Parteienkonkurrenz schließlich auch sein muss.

### „Hunger kostet die Dritte Welt Milliarden.“

Die Kosten des Hungers belasten die Volkswirtschaften der armen Länder gewaltig. Weil viele Kinder wegen Unterernährung und Krankheit frühzeitig sterben oder zu schwach sind, um sich für eine Arbeit zu qualifizieren, entstehen Produktionsausfälle im Wert von hunderten Milliarden Euro. (SZ 09.12.04)

Hunger kostet, hat die Welternährungsorganisation FAO festgestellt.

Und wen? Und was? Die armen Leute, die nicht genug zu essen haben? Kostet der Hunger sie Lebensfreude, Gesundheit, oder gar das Leben?

Von wegen. So sieht die FAO das nicht. Hunger kostet die Volkswirtschaften der armen Länder. Wären deren Einwohner nämlich gesünder und kräftiger statt halb verhungert, könnte man aus ihnen Arbeit herausholen, die sich für jemand anderen lohnt:

„FAO-Berechnungen haben ergeben, dass jeder Euro, der gezielt die Ernährung und Gesundheit der Ärmsten verbessert, einen fünf- bis zwanzigfachen Ertrag erbringt.“ (ebd.)

Blöd nur, dass dieser andere namens „Arbeitgeber“ oder „Unternehmer“, der aus halbwegs kräftigen Leuten Ertrag herausholt, die 852 Millionen Hungernden für nicht lohnend befunden hat. Genau deshalb hungern sie ja. Es wird daher trotz dieser FAO-Berechnung auch weiterhin niemand „gezielt“ einen Euro in diese Menschen investieren.

Denn bloß dafür, dass keiner vor Hunger krepieren soll, ist in dieser schönen Welt des Wirtschaftswachstums jeder Euro zu schade.

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

### Vortrag mit Diskussion

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer – Was denn sonst? So funktioniert Kapitalismus!

5 Millionen Arbeitslose in Deutschland sind die systemgemäße Konsequenz hochproduktiver Arbeit

Politiker und Journalisten wissen, was sie dem Volk zu sagen haben: Wenn der Armutsbericht wieder einmal feststellt, dass die Armut wächst, sagen sie dem Volk den Grund dafür: die rekordhohe Arbeitslosigkeit. Und für die wissen sie auch einen Grund: Das schwache Wirtschaftswachstum. So teilen sie den Opfern der Gewinnmaximierung mit, dass ihnen nur durch noch mehr Gewinn und noch mehr Wachstum der Kapitalvermögen zu helfen ist. Mehr Wachstum, das wissen sie auch noch, ist aber nur durch noch mehr Armut zu haben: Sinkende Löhne und längere Arbeitszeiten sollen den Unternehmern die Gewinnproduktion noch lohnender machen, damit sie mehr davon unternehmen. So verpflichten die Meinungsmacher die Opfer dieser Wirtschaft immer wieder von neuem auf den Weg, der sie in die Scheiße geritten hat.

Tatsächlich sind Grund und Folge nämlich anders verteilt: Die Profitmacherei – und nicht etwa zu wenig davon – ist der Grund der Armut; und das Wachstum von gestern – nicht zu wenig davon – ist Grund der Arbeitslosigkeit heute. Arbeitslosigkeit ist sozusagen der perverse Lohn, den das System seinen Arbeitskräften für die immerzu steigende Produktivität ihrer Arbeit bezahlt. Die riesige Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte, das Maß ihres Elends, ist geradezu ein Maßstab der erreichten Produktivität der Arbeit, der Quelle des materiellen Reichtums.

Donnerstag, 12. Mai 2005, 20.00 Uhr  
K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Festsaal,  
Nürnberg, Königstr. 93

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) / [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

Dritte-Welt-Gruppen, Globalisierungskritiker und Menschen, die Armut nicht für naturnotwendig halten wollen, stellen die Frage:

## Warum sind so viele Menschen in den Entwicklungsländern arm?

1.

Arm sind die Leute in den Entwicklungsländern, weil sie *ausgeschlossen sind von dem Reichtum*, den es durchaus auch in ihren Ländern gibt. Die Zeiten sind nämlich vorbei, in denen Menschen hungern und sterben mussten, weil es wegen Missernten, unzureichender Naturbeherrschung und fehlenden medizinischen Wissens die Mittel zur Befriedigung der drängendsten Bedürfnisse nicht gab. Der Welternährungsfond der UNO berichtet, dass es auf dem Globus genug Lebensmittel für alle Menschen gibt; im Bedarfsfall könnten selbstverständlich noch viel mehr davon hergestellt werden. Gehungert wird also auch vor vollen Lagerhäusern, und zwar nur deshalb, weil es den Hungernden *an Geld* fehlt. Dasselbe gilt auch für das Fehlen guter Behausung, medizinischer Betreuung, Bildung und sonstiger Konsumartikel. Schuld an dem Ausschluss vom Reichtum ist das *Privateigentum*. Dieses Rechtsinstitut des Kapitalismus gilt heute bis in den hintersten Winkel der Erde. Jedes Stück natürlichen und produzierten Reichtums gehört irgend jemandem. Überall gibt es eine Staatsmacht, deren Recht einigen Bürgern die beliebige Verfügung über den materiellen Reichtum gestattet, und allen anderen Bürgern, die diese Reichtümer auch brauchen, den Zugriff darauf verbietet. Wenn in Afrika immer wieder Lebensmittelvorräte geplündert werden, dann zeigt das nicht nur, dass es da etwas zu holen gibt, sondern dass es den Hungernden eben verboten ist, zu nehmen, was sie brauchen.

Der zum Privateigentum gehörige Ausschluss vom Reichtum gewinnt an Schärfe dadurch, dass den Armen nicht nur produzierte Konsumtionsmittel, die andere haben, vorenthalten werden, sondern die *Quellen* des Reichtums selbst, die *Produktionsmittel* und damit die *Instrumente der Arbeit*, mit denen sie sich die Gegenstände ihres Bedarfs herstellen könnten. Grund und Boden sowie die produzierten Mittel der Produktion – Werkstätten, Maschinen, Rohstoffe –, gehören allesamt anderen Leuten, den sogenannten Reichen. Die Tren-

nung der Menschen von ihren Produktionsmitteln sieht in verschiedenen Ländern des Südens verschieden aus, hat aber immer dasselbe Resultat: Nomaden können ihre Lebensform nicht fortsetzen, wenn Grundeigentümer Zäune, Staaten Grenzen ziehen und ihnen den nötigen Weidewechsel ihrer Herden verunmöglichen. Anderswo werden Kleinbauern zugunsten von großflächigem Bergbau, Staudämmen oder Plantagen, die für den Weltmarkt produzieren, von den halbwegs fruchtbaren Böden verdrängt. Wieder anderswo haben die traditionellen Kleinhandwerker, Weber, Schneider, Leder- und Metallarbeiter, keine Chance gegen die importierten Industrieprodukte der Weltkonzerne, ganz gleichgültig, wie billig sie zu arbeiten bereit sind. Ihnen fehlt eben der Zugang zu den Produktionsmitteln, die heutigentags nötig sind, um sich an der Konkurrenz um die Kaufkraft zu beteiligen. Solche Menschen sind mittel- und hilflos. Sie können die für ihren Lebensunterhalt nötige Arbeit nicht verrichten und sich daher die Mittel ihrer Bedürfnisbefriedigung nicht beschaffen. Das Ganze hat mit Fleiß und Faulheit, mit Mentalität und „fatalistischer Lethargie“ nichts zu tun: Millionen in der „Dritten Welt“ kämpfen verbissen und ohne rechten Erfolg um anständiges Leben. Um Arbeit zu finden, nehmen viele von ihnen Lebensgefahren auf sich. Als Flüchtlingsproblem landen sie in den Slums der großen Städte des Nordens und werden, wenn sie Glück haben, gnadenlos ausgebeutet, wenn sie Pech haben, wieder zurückgeschickt. Andere verharren in erzwungener Untätigkeit, nicht weil das Hungern so bequem ist, sondern weil die Trennung von den nötigen Arbeitsmitteln jede lohnende Anstrengung außer Reichweite rückt. Auf sie deuten dann die moralischen Volkserzieher, nennen sie Faulenzer ohne Strebsamkeit und Arbeitswillen und erklären Passivität, Abstumpfung, ja Verwahrlosung der Menschen, die aus ökonomischer Hilflosigkeit und nicht überwindbarem Elend resultieren, zur *selbst verschuldeten* Ursache des Elends.

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### Die Wissenschaft erklärt:

# Hauptsache, es funktioniert

Damit, was eine Sache leistet, wozu sie gut ist, kann man leicht einverstanden sein. Dann nämlich, wenn das Was und Wozu ermittelt und als dem eigenen Zweck förderlich beurteilt worden ist. Wenn moderne Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ihre Gegenstände unter dem Gesichtspunkt des Nutzens behandeln, ist von der ihm obigen Fall verlangten Freiheit im Urteil über die Nützlichkeit nichts zu sehen. Bei ihnen fällt die Angabe eines Dienstes, den ein Ding ihrer Meinung nach leistet, unmittelbar zusammen mit der objektiven Verpflichtung, die Existenz desselben für unumgänglich zu halten. Ihre Funktionslogik ist moralischer Natur: Etwas erfüllt eine Aufgabe – also ist es gut! Und zwar meistens gleich für DEN MENSCHEN, ein Pseudonym, das die Wissenschaftler für ihr staatstragendes Interesse an Geld und Staat, Religion und Dichtwerken gefunden haben. Als rein subjektiv sollen ihre Ansichten über ihre Gegenstände nämlich nicht daherkommen; schließlich ist ihr Beruf die Wissenschaft. Also kleidet sich das parteiliche Interesse an der Existenz der von den Gelehrten aufgegriffenen Gegenstände in ein objektiv sein sollendes Urteil: Das Ding hat als Funktion an sich, woran mir liegt! So wird z. B. bei den Ökonomen studiert, was es mit dem Geld auf sich hat. Besichtigt man die Resultate dieser langjährigen Forschung, stößt man auf Sätze wie:

### „Geld ist alles, womit man zahlen kann“

(Preiser, Nationalökonomie heute, S. 86), aus dem die Freude über die großen Leistungen des Geldes spricht. Das scheint nicht schwer zu sehen zu sein – die Aussage klingt ja auch nicht übermäßig wissenschaftlich. Bloß: Wie konnte es dazu kommen? Hier liegt offenkundig der Fall der unmittelbaren Gleichsetzung der zu erklärenden Sache mit den Diensten, die sie leistet, vor: – Was ist das Geld? – Dass man beim Kaufhof dafür Handschuhe kauft!, erläutert der Ökonom. Leider wird man durch die Auskunft, Geld taue vortrefflich zum Einkaufen, nicht gut bedient. „Zahlen“ heißt nämlich nichts anderes als „Geld ausgeben“ und *unterstellt* das bewunderte Objekt, dessen *Bestimmung* mit „Geld ist ...“ angekündigt worden war. Preiser freilich ist mit seiner Tautologie – Geld ist das; was zu allem dient, was man mit Geld machen kann – so zufrieden, dass er über den Nutzen des Geldes, aus dem es ganz und gar bestehen soll, glatt vergisst, dass die mit ‚Zahlen-können‘ angegebene Funktion die durchgesetzte *Trennung* der potentiellen Geldbesitzer von den so zahlreich hergestellten nützlichen ‚Gütern‘ unterstellt. Bei ihm liest sich die billige Einsicht, dass sich da, wo alles als geschütztes Privateigentum seinen Preis hat, *ohne* Geld nichts kaufen lässt, der moderne Bürger in der Tat von Geld abhängig ist, andersherum als Loblied auf den Erfindungsreichtum von Menschen, die rechnen, tauschen und sparen wollten, wodurch dann das entsprechende dreifach nützliche ‚Gut‘ in die Welt gekommen sein soll: „*Rechenheit, Tauschmedium und Wertaufbewahrungsmittel.*“ (Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 348)

Mit dem Gedanken, dass Geld das ist, dass es den Menschen vielfach dient, bescheinigen ihm Wirtschaftsfachleute seine ‚sachliche‘ Notwendigkeit: Sonst könnte man doch nichts kaufen! Ein sehr unökonomisches Urteil, weil es von der Brauchbarkeit des Geldes *ausgeht*, die vom Standpunkt des *Umgangs mit* Geld überhaupt wird:

„Mit Geld können Güter gekauft werden.“ So verflüchtigt sich der staatlich gesetzte Zwang, sich des Geldes bedienen zu müssen, in die Philosophie einer grenzenlosen Freiheit, die dem verehrten Subjekt zu eröffnen nach Ansicht der Ökonomen der eigentliche Beruf von Dollar und Euro ist.

„Geld ist das Gut höchster Entscheidungsfreiheit“, heißt also die – sachverständige – Korrektur der Volksweisheit: „Ohne Moos nix los.“

### Ohne Staat keine Gesellschaft!

Die Kunst der Umdrehung der durch Gewalt eingerichteten Notwendigkeiten in der modernen freiheitlichen Demokratie in wunderbar funktionell geordnete, also prinzipiell in Ord-

nung gehende Verhältnisse, die die Ökonomen durch die *positive* Anwendung des Funktionsarguments ausüben – Geld = viel Nutzen! –, beherrschen auch Politologen. Bei ihnen schätzt man die *negative* Wendung des funktionellen Gedankens, so dass sie zu folgender Einsicht in das bürgerliche Staatswesen gelangen: *Ohne* Staat = Fehlanzeige in puncto seiner Dienste! Ergo ...

### Wie das geht?

Nehmen wir eine Definition des Staats in voller Kürze:

„*Staat. Ist die Organisationsform der Gesellschaft. Zu ihr gehören die Staatsgewalt, ein Staatsvolk und ein Staatsgebiet.*“ (Gesellschaft und Staat, Lexikon der Politik)

Worüber wird geredet? Über den Staat? Einerseits ja: das Wort kommt ja mehrmals vor. Andererseits aber nicht; denn gleich mit der ersten Auskunft führt die Definition zielstrebig weg vom Staat, hin zu der „Gesellschaft“. Über *diese* wird im Folgenden weiter verhandelt, ohne dass der Autor über diese implizite Zusammenwerfung von Staat und Gesellschaft Rechenschaft geben würde. Er spricht von der Gesellschaft, als ob der Staat ganz selbstverständlich in ihr zu finden sein müsse. Ist er auch. Wo ein Wille, da ein Weg. Über positive Merkmale „der Gesellschaft“ – die in ihr gültigen Interessen, Zwecke oder Einrichtungen – führt der freilich nicht. Umgekehrt: „Die Gesellschaft“ hat etwas, was ihr *fehlt* – einen Mangel an „Organisation“. Der muss natürlich behoben werden – und schon hat der Staat eine Funktion. Name: Regelung schlechthin. Zur Erfüllung dieses Dienstes der Herstellung eines geordneten Miteinanders muss es den Staat also nach Ansicht der Politologen geben; hier fällt das funktionelle Urteil mit dem Nachweis der Existenzberechtigung des Funktionsinhabers ebenso schön zusammen wie bei den Freunden des Mammons. Der Trick ist gelungen, und ihre Genugtuung über die Vorstellung vom Staat als einem wünschenswerten Diener der menschlichen Gesellschaft lassen sich die gelehrten Männer auch dadurch nicht trüben, dass die erstrebte „Organisation“ nur durch gewaltsame *Unterwerfung* der „Gesellschaft“ unter den Staat zustandekommt. Für sie ist es eben kein Widerspruch, dass die „Staatsgewalt“ justament durch Subsumtion von Land („Staatsgebiet“) und Leuten („Staatsvolk“) ein diesen entlehntes Bedürfnis verwirklichen soll. Warum auch? Ein anderes Bedürfnis als das nach unumschränkter Verfügungsmacht des Staates ist ihnen – wahrscheinlich berufsbedingt – eben unbekannt.

### Der Geist als Funktion

Psychologen betrachten das Individuum mit seinem ‚Seelenleben‘ als *Apparat*, der auf sein Funktionieren hin überhaupt nur konzipiert wurde. Der Mensch aus der Werkstatt der Psychodenker *ist* die allerwärts labile Zusammenfassung von Funktionen, an deren Erledigung das Subjekt dann andererseits allzuoft scheitert, weil Sand im Getriebe ist. Wissenschaftlich hoffähig gemacht hat diesen Fehler, das gesamte Geistes- und Gemütsleben aus dem Interesse an der Erfüllung von Aufgaben, die ihm angeblich gestellt sind, erst auferstehen zu lassen, Altvater Freud.

An ihm lässt sich studieren, zu welchem Unsinne der Vorsatz führt, ausgerechnet die Sphäre des *Geistes* analog zur medizinischen Betrachtungsweise des *Organismus* zu behandeln – nämlich unter dem Gesichtspunkt des Funktionierens.

„*Zunächst kommt die funktionelle Wichtigkeit des Ichs darin zum Ausdruck, dass ihm normalerweise die Herrschaft über die Zugänge zur Motilität eingeräumt ist. Es gleicht so im Verhältnis zum Es dem Reiter, der die überlegene Kraft des Pferdes zügeln soll, mit dem Unterschied, dass der Reiter dies mit eigenen Kräften versucht, das Ich mit geborgten.*“ (Freud, GW Bd. XIII, S. 253)

Wer dem „Ich“ die „Herrschaft“ einräumt über ein „Es“, von dem es andererseits nur ein funktioneller *Ausdruck* sein soll, sagt Freud nicht. Er hält die Absurdität seiner Metapher für den Beleg, dass das „Ich“ als Zügelungsinstanz fungieren *muss*, damit ihm sein „Es“ nicht durchgeht. Ist das „Ich“ so Herr und Knecht des „Es“ zugleich, wie umgekehrt dieses über-

und unterlegen, so dass sie logisch gut zusammenpassen, so verkompliziert sich die Lage noch,

„*Seitdem wir eine besondere Instanz im Ich annehmen, die die einschränkenden und abweisenden Forderungen vertritt, das Über-Ich.*“ (Freud, Zur Einführung in die Psychoanalyse, S. 60)

Im „Ich“, das gerade als funktionelle Unterabteilung des „Es“ eingeführt worden war, tut sich nun eine selbständige „Instanz“ auf, die entweder „selbst ... oder in seinem Auftrag das ihm gehorsame Ich“ (ebd.) „Verdrängung“ zustandebringt, so dass das insgesamt unselbständige „Ich“ von seiner eigenen Unter-„instanz“ tyrannisiert wird. Das „Ich“, das Freudse Wort für das bürgerliche Individuum, die unselbständige und deswegen immerzu problematische Mitte zwischen „Über-Ich“ und „Es“, „Instanzen“, die ihm pausenlos „Aufträge“ erteilen, so dass die Aufrechterhaltung dieses absurden Apparats sehr *selbstzweckmäßig* gerät, – dieses Ich ist die aufklärerisch gemeinte Antwort der Psychologie auf die klassische philosophische Apotheose des freien Willens.

Denn bei psychologischem Licht besehen wirkt er doch sehr armselig, der Mensch: Ein Bündel von selbständigen Kräften ist er, und deren ideelle funktionelle Einheit herzustellen sein *eigenliches* Programm, vor dem sich seine bewussten Taten als Wirkungen, Äußerungen psychischer Funktionen entpuppen – wenn man sie aufdeckt ...

Mit der Entlarvung von psychischen Funktionen, die an menschlichen Handlungen vordergründig nicht zu entdecken sind, praktizieren Psychologen die Ersetzung von *Grund* durch *Funktion* für das innere Gleichgewicht des Individuums, das Funktionieren der Psyche eben. Die Herstellung der Übereinstimmung mit *sich* erklären Psychologen zum höchsten Zweck des Menschen. Denn Hindernisse für Zufriedenheit sehen sie hauptsächlich im Individuum selbst gegeben, so dass sich mit der Herstellung eines stabilen ‚Seelenhaushalts‘ auch ein komplikationsloses Verhältnis zur Welt einstellen soll und muss. Die taucht in der Psychologie nämlich umgekehrt nur als Bedingung für ein in Ordnung gebrachtes Gemüt auf.

### Soziologen lehren: Die Funktion funktioniert!

Bescheiden – logisch gesehen! – geht es bei den Soziologen zu. Sie freuen sich natürlich wie die Ökonomen und Politologen über die Großtaten von Geld und Staat; andererseits verlangt ihr Standpunkt, über solche Einsichten hinauszugehen. Sie haben nämlich den Gipfel des Funktionsblödsinns erklimmen und vermehren von daher über alles, was in Sicht kommt: Es *ist* eine Funktion – wenn es funktioniert. Das wird im Übrigen gar nicht verheimlicht, sondern selbstbewusst ausgesprochen:

„*Die Funktion irgendeiner wiederkehrenden Tätigkeit (ein aparter Gegenstand!), wie z. B. die Bestrafung von Verbrechen ... ist die Rolle, die sie im Ganzen des sozialen Lebens spielt, und damit der Beitrag, den sie zur Erhaltung der strukturellen Kontinuität leistet.*“ (Fischer Lexikon Soziologie, S.320, Herv. d. V.)

In dieser wissenschaftlichen Glanzleistung, a) eine Sache – wie bereits mehrfach gehabt – gleich von vornherein mit ihrer Funktion zusammenzuwerfen, über diese aber b) als wesentliche Auskunft das *Stattdfinden* ihres Dienstes zu vermehren, steckt eine wertvolle Klarstellung über den Standpunkt soziologischen Rasonierens. Es mag sein, was es wolle –, „irgendeine (!) wiederkehrende Tätigkeit“ eben – die Wissenschaft von der Gesellschaft exerziert an ihm nichts als das Interesse an seiner Funktionalität und verkauft die dabei serienmäßig zustandekommenden Tautologien nach dem Muster: ‚Die Funktion ist, dass die Funktion funktioniert‘, als wertfreie Wissenschaft. Im Einzelnen sei die trostlose Parteilichkeit dieses Denkens einmal demonstriert am Beispiel der Luhmannschen Überlegungen über die „Funktion der Religion“. (N. Luhmann, *Funktion der Religion*) Der Mann wendet den Kardinalfehler seiner Disziplin unter dem Titel der „funktionalen Analyse“ ins Verfahrenstechnische, und zwar *negativ*. Das geht so: Noch bevor er seine Sache durch eine Definition von anderen unterschieden hätte, behauptet er, es sei nötig, sie

„*durch Bezug auf ein Problem mit anderen Gegenständen vergleichbar zu machen.*“ (Luhmann, a.a.O., S. 9)

Ihm kommt es also darauf an, seine „Religion“ in ein Verhältnis zu einem Sachverhalt zu stellen, den er für problematisch zu halten sich

entschlossen hat. Und das, ohne dass ein *spezifischer* funktioneller Zusammenhang zur Sprache käme. Er will ja nur verschiedene denkmögliche Zusammenhänge vergleichen. Vielleicht gibt es ja manches andere als die Religion, das dasselbe leisten könnte wie diese? Der ernüchternde Befund: Nein, leider nicht. In Luhmanns Worten, die einen *Schluss* vortäuschen:

„*Es gibt also (!) keine spezifischen funktionalen Äquivalente für religiöse Formen oder Verhaltensweisen, die nicht als Religion erscheinen.*“ (Luhmann, a.a.O., S.48)

Logisch: Nichts dient dem Zweck der Religion so gut, wie ebendiese selbst. Wer hätte das gedacht? Der Unsinn war freilich nicht umsonst. Die nicht religionstauglichen Nichtreligionen sind aus dem soziologischen Verkehr gezogen und die echte Religion „also“ übriggeblieben, wodurch sie in einen affirmativen Zusammenhang mit sich gestellt wird. Es braucht sie für ihre Funktion (eine geniale Umkehrung!), von der man bei diesem ersten positiven Urteil noch gar nichts zu wissen braucht. Denn sie ist natürlich, wie so vieles, ein *System*, und das muss bekanntlich funktionieren – so kommt die *Kirche*, von der Luhmann sich die dichterische Freiheit genommen hat, sie für eine Weile ohne Religion zu denken, wie umgekehrt die Religion ohne Kirche, zu ihrer soziologischen Existenzberechtigung. Hier ist die Kirche nicht reales Subjekt, die wirkliche, staatlich sanktionierte Existenz der Religion, sondern unabdingbar, damit es Luhmanns unwirkliche Religion auch realer gibt:

„*Die Funktion des Religionssystems wird unmittelbar durch das System der göttlichen Kommunikation erfüllt, das man Kirche nennt.*“ (Luhmann, a.a.O., S. 56)

Das mit der „göttlichen Kommunikation“ soll Luhmann sich selbst klarmachen – wir registrieren nur den Bonus, den die Kirche wegen ihrer Dienste für die Religion erhält, noch bevor dieser ihrerseits mit der

„*Funktion der Reformulierung unbestimmter Komplexität*“ (Luhmann, a.a.O., S. 79)

ein gutes Werk aufgegeben worden ist. Allerdings ist erstens „Komplexität“ kein Ding, sondern der zum Sprachdenkmal gewordene Unwille, über die angegebene ‚Vielschichtigkeit‘ ein Wort zu verlieren, zweitens aber soll man dieses Phantom noch dazu auch nicht bestimmen können, so dass die Leistungsfähigkeit der Religion, die dieses Unformulierbare drittens „reformulieren“ soll, angemessen göttlich-mystisch ausfällt. Der ganze Mist von der Funktionalität der Religion fällt dem Soziologen nur deswegen ein, weil er der frommen Ideologie anhängt, die Religion wäre in der Tat eine *Hilfe*, den demokratischen Alltag, den Luhmann „tragbare Unsicherheit“ nennt, zu ertragen und nicht die Extraübung, ihn falsch zu interpretieren. Diese seine Allerweltsideologie über den christlichen Wahn bläst er auf zu dessen objektiver Funktion: Für ihn

„*interpretiert (die Religion) Ereignisse und Möglichkeiten in einer Weise, die mit sinnhafter Orientierung korreliert und eine Steigerung tragbarer Unsicherheit erlaubt.*“ (Luhmann, a.a.O., S. 80)

In der funktionalen Welt Luhmanns wird „Unsicherheit“ getragen und die Religion erlaubt die Vergrößerung der Menge – möglicherweise. Das spricht zweifellos für sie; unübersehbar hier die apologetische Wucht des Funktionsarguments: Tut der Herr im Himmel seinen trostreichen Dienst, hat es mit ihm auch seine wissenschaftliche Richtigkeit. Sapiienti sat!

Ob die Wissenschaft nun von wirklich vorhandenen Objekten ausgeht und sich so an der Nützlichkeit für so vieles, was bürgerliche Gelehrte für erhaltenswert erachten, erfreut, dass ihr jeder Unterschied zwischen dem *Begriff* einer Sache und den *Verhältnissen*, in denen sie steht, abhanden kommt, oder ob sie aus demselben Interesse ihre „Gegenstände“ als Dienstleistungsinstanz eigens ins Leben ruft, stets ist das „Wozu taugt es?“ die theoretische Leitlinie. Als Ausgangspunkt der Ermittlung des *Nutzens* einer Sache – was wahrlich kein Fehler ist – ist diese Frage nicht gemeint. Ihre Beantwortung hält die moderne Geisteswissen-

### Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 unten

**Sozialistische Gruppe  
Erlangen Nürnberg (SG)**  
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
**www.sozialistischegruppe.de**  
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

## WARUM SIND SO VIELE MENSCHEN IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN ARM?

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

### 2.

Die Armut der Staaten der Dritten Welt ist etwas ganz anderes als die Not großer Teile ihrer Völker. Diese Staaten folgen der heute als einzig zeitgemäß geltenden Raison und setzen für den Progress ihrer Macht und ihres Reichtums auf die Vermehrung privaten Eigentums. Dafür ist die Armut ihrer Bürger produktiv. Also legen sie sie darauf fest, sich den Eigentümern der Produktionsmittel als Instrument ihrer Profite anzubieten. Geldverdienenden durch Lohnarbeit, das soll der einzige erlaubte Lebensunterhalt des Volkes sein, damit es mit seiner Arbeit nicht nur sich ernährt, sondern dem Eigentümer der Produktionsmittel einen Zuwachs an Geld schafft, von dem auch der Staat seinen Teil abkriegt. Ob und in welchem Maß dieser Lebensunterhalt zustande kommt, hängt allerdings nicht vom Wunsch des Staates nach möglichst viel „Beschäftigung“ ab, und schon gleich nicht von dem Bedürfnis der Arbeitssuchenden, Geld zu verdienen. Darüber entscheiden allein die Rechnungen derer, denen die Produktionsmittel gehören: Sie lassen mittellose Arme für sich arbeiten, sofern, in der Menge und zu dem Arbeitslohn, wie deren Arbeit ihren Reichtum mehrt und nur dann. Der moderne Lohnarbeiter kann weder durch Fleiß noch durch die Bereitschaft, sich für fast gar kein Geld herzugeben, seine Benutzung „erzwingen“. Diese hängt ganz von den Geschäften der Eigentümer ab, die von Land zu Land verschieden, im Ganzen aber von der Art sind, dass nur ein Bruchteil der Arbeitssuchenden eine Anstellung findet. Die wahren „Arbeitgeber“ sind heutzutage ohnehin die global disponierenden Konzerne. Sie vergleichen weltweit die Renditen, die sie aus Kapitalanlage erwarten können, legen ihr Geld vorurteilslos überall nach dem Gesichtspunkt des größten Ertrags an – und sortieren damit die Welt.

In Ländern der sogenannten *Vierten Welt*, Somalia, Äthiopien u. a., findet das internationale Profitinteresse fast gar nichts Ausnutzbares. In diesen Ländern läuft deshalb so gut wie gar kein Wirtschaftsleben, keine Produktion des Notwendigen und kaum ein Überleben. Aus der Welt des Eigentums, in der alles käuflich ist, aber auch gekauft werden muss, werden selbstverständlich auch diese Weltregionen nicht entlassen. Ein paar Dollar kommen dort immer noch zustande, auch dorthin kann man noch verkaufen; und als Bedingung der Möglichkeit zukünftiger Geschäfte müssen Grund und Boden und, was es sonst noch gibt, natürlich Privateigentum sein und bleiben.

In Ländern, die zu Unrecht *Entwicklungsländer* heißen, macht sich das Geschäftsinteresse zumeist an speziellen Naturbedingungen fest: Kapital wird investiert in die Agrarproduktion für den Weltmarkt – sogenannten „Cash Crops“, auf Deutsch: „Geldpflanzen“ –, in die Ausbeutung von Bodenschätzen und in die Tourismusindustrie. In diesen Fällen weckt nicht die nationale Arbeitskraft das Interesse der internationalen Kapitalisten, sondern eine besondere Naturbedingung. Abgesehen von den wenigen, die für Bergbau, Plantagenwirtschaft und die Bedienung der Touristen gebraucht werden, hat das Weltgeschäft für die lokale Bevölkerung keine Verwendung: Zusammen mit der in den erstgenannten Ländern bildet sie die absolute *Überbevölkerung* des Weltkapitalismus.

In den sogenannten *Schwellenländern* entdecken die internationalen Konzerne durchaus Teile des Volkes als billige Arbeitskraft, die sie zusätzlich zu der in den Metropolen oder auch statt ihrer ausbeuten. Sie lagern Teile ihrer Produktion in Billiglöhnländern aus, exportieren Arbeitstempo und Produktivität, die sie im Stammland aus ihren Leuten herausholen, zahlen dafür aber nur die ortsüblichen Hungerlöhne. Die lokalen Regierungen bekämpfen ihre *staatliche* Armut, indem sie ihre Menschen zum konkurrenzlosen Billigangebot ans internationale Kapital herrichten: Sie schlagen Widerstand gegen die elenden Arbeitsbedingungen nieder und werben mit dieser Dienstleistung um auswärtige Kapitalinvestitionen. Wenn in solchen Ländern tatsächlich einmal alternative Regierungen an die Macht kommen, die nationalen Fortschritt anders verstehen und eine Minimalversorgung für ihre Bevölkerung anstreben, lässt die Koalition der freiheitlichen Weltmächte nichts un-

## „Humankapital“ – das „Unwort des Jahres“ 2004

„Unworte bereiten Untaten den Boden“ (Ex-Bundespräsident Rau)

und das darf nicht sein in unserem Gemeinwesen. Zwar hat unser Ex-Bundespräsident da mit der Reihenfolge von Wort und Tat irgendwie was durcheinander gebracht, aber für die unabhängige Jury der „*sprachkritischen Aktion*“ ist das seit 14 Jahren eine ganz vernünftige Arbeitsgrundlage, und so hat sie sich vorgenommen, das Böse aus unserem guten Lexikon auszusortieren und an den öffentlichen Pranger zu stellen – sie wählt das „*Unwort des Jahres*“:

„Gesucht werden Wörter und Formulierungen aus der öffentlichen Sprache, die sachlich grob unangemessen sind und möglicherweise sogar die Menschenwürde verletzen.“ ([www.unwortdesjahres.org](http://www.unwortdesjahres.org)) Wer erinnert sich nicht mit Schrecken ans Jahr 1997, auf Platz 1 „Wohlstandsmüll“, die „Umschreibung arbeitsunwilliger wie arbeitsunfähiger Menschen“: Sozialhilfeempfänger als unnütze Kostgänger zu *behandeln*, ist zwar wahrscheinlich keine große Untat, aber sie am Ende auch noch als solche abfällig zu *bezeichnen*, das ist „grob unangemessen“ und widerspricht der Menschenwürde. Und 1998, dem Ärztepräsidenten rutscht als Kommentar zu den gesundheitspolitischen Sparplänen der Regierung heraus, sie wolle wohl einem „sozialverträgliches Frühableben“ (auch Platz 1) der alten Kranken das Wort reden – wo bleibt da bitte der gebotene *sprachliche Anstand* und damit die einzig angemessene Formulierung, dass bei uns alles „im Interesse der Patienten“ reformiert wird? Im Kriegsjahr 1999 – von Haus aus eine harte Prüfung für die Sittlichkeit der Sprache – kreierte unsere NATO-Militärs, wenn mal was daneben ging, das Unwort „Kollateralschaden“! Die Bomben, die sie abwarfen, haben offenbar niemandes Menschenwürde verletzt, die wurden ja im Dienste der Menschenrechte abgeworfen. Aber, *spricht* man – bitte schön – so leger über jugoslawische Bombenopfer, die – leider! – als notwendige Nebenwirkung des Kriegs gegen Milosevic einkalkuliert werden mussten? Als 2002 im Zuge der Hartz-Reformen die Arbeitsämter Arbeitslose dazu bringen sollten, sich mit den absurdesten Diensten selbst über Wasser zu halten, trat die Jury entschieden gegen die Unsitte an, „schwierige (!) soziale und sozialpolitische Sachverhalte mit sprachlicher Kosmetik schönzureden“ und kürte „Ich-AG“ zum Unwort. Wenn man die Leute schon *praktisch*

versucht, um derartige soziale „Experimente“ zum Scheitern zu bringen – notfalls per Militärintervention. Trotz aller mit äußerer und innerer Gewalt niedrig gehaltenen Löhne findet auch in den Schwellenländern nur eine Minderheit regelmäßige und geregelt entlohnte Arbeit. Die Mehrheit bildet die kapitalistische *Reservearmee*, die nur in ganz besonderen Wachstumsphasen das Glück hat, einmal eine Weile beschäftigt zu werden. Oder sie ist einfach nur völlig überflüssige Überbevölkerung.

### 3.

Alles das ist in den „*Industrieländern*“ nicht grundsätzlich anders: Auch hier ist ständig ein Teil der Arbeiterschaft unbeschäftigt und vom Abstieg ins Elend nicht nur bedroht, sondern betroffen. Auch in den „*Hochlohnländern*“ ist die Armut Grundlage und Produktivkraft der Wirtschaft. Dazu bekennt sich diese Gesellschaft unverhohlen, wenn Politiker, Wirtschaftsführer und Meinungsmacher über viel zu hohe Löhne klagen. Von der Wirtschaftskrise über die Defizite im Staatshaushalt und in den Sozialkassen bis zur Arbeitslosigkeit werden alle Übel auf den hohen Lohn zurückgeführt, und sie sollen durch seine Senkung überwunden werden. So bestätigen die Fachleute, dass der Reichtum dieser Gesellschaft auf der Armut der Arbeitenden beruht und fordert mehr davon.

Weltweit hat die *Mehrheit* der Menschen das Pech, dass sie durch die Gewalt der Verhältnisse auf eine proletarische Existenz angewiesen ist, ihre Arbeitskraft aber nicht nachgefragt wird. Denn über Leben-Können und Nicht-Leben-Können der eigentumslosen Milliarden entscheidet das Kapital mit seiner Nachfrage nach Arbeit. Es definiert, welche Menschen ein Lebensrecht haben, weil sie für seinen Profit gebraucht werden, und welche Menschen nach allen gültigen Maßstäben un-

zu selbständigen Lakaien und Tagelöhnern *herabstuft*, dann haben sie dafür unser aller Respekt verdient und keine „Herabstufung von menschlichen Schicksalen auf ein sprachliches Börsenniveau“!

\*

2004 fiel die Wahl auf den Begriff „*Humankapital*“ mit folgender Begründung:

„*Der Gebrauch dieses Wortes aus der Wirtschaftssprache breitet sich zunehmend auch in nicht-fachlichen Bereichen aus und fördert damit die primär ökonomische Bewertung aller denkbaren Lebensbezüge, wovon auch die aktuelle Politik beeinflusst wird. Humankapital degradiert nicht nur Arbeitskräfte in Betrieben, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen*“ ([www.unwortdesjahres.org](http://www.unwortdesjahres.org))

Gegen die Betrachtung und entsprechende Behandlung von Menschen als „*Kapital*“ haben die Sprachforscher gar nichts einzuwenden, in der Wirtschaft halten sie das für durchaus angemessen. Kritikwürdig finden sie es hingegen, wenn die in dem Begriff ausgedrückte „*ökonomische Bewertung*“ „*primär*“ und für *alle* „*Lebensbezüge*“ gilt. Eine merkwürdige Kritik: Wenn der Mensch in der Wirtschaft als „*ökonomische Größe*“ auf seine Kosten käme, wie sollte sich das in seinen Schaden verwandeln, wenn er dort in *erster Linie* und *sonst auch noch* so betrachtet wird? Den Sprachforschern ist offenbar bewusst, dass die Rolle als „*ökonomisch interessante Größe*“ für die davon Betroffenen einige Härten beinhaltet. Dagegen wollen sie sich aber gar nicht aussprechen, das halten sie für selbstverständlich und unumstößlich. Es *fehlt* ihnen nur etwas, was hinzutreten sollte: der Respekt vor einer *höheren* Wertigkeit des Individuums, das ein Recht darauf hat, *neben* seiner Existenz als „*ökonomischer Größe*“ einer wie auch immer gearteten Wertschätzung als ‚ganzer Mensch‘ teilhaftig zu werden. Da kann der sich dann was drum kaufen.

Die Provokation, auf die es die Linguisten abgesehen haben, funktioniert: Die Branche der Ökonomen heult auf und schlägt zurück: Sie lassen sich von niemanden in der Hochschätzung des Menschen übertreffen, schon gar nicht von Leuten, die außer billigem Humanitätsgedusel nichts zu bieten haben: Die Ausrufer des ‚Unworts‘ seien wohl auf die Phrase „*bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt*“ aus den Hochglanzbroschüren der Personalabteilungen“ abgefahren, vermutet Prof. Ch.

nüt und überflüssig sind. Sie sind daher eine bloße Last – und werden entsprechend behandelt.

**Radio Lora vom 09.02.04. Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden:**  
[www.gegenstandpunkt.com/radio/gsradiotext.htm](http://www.gegenstandpunkt.com/radio/gsradiotext.htm)

## HAUPTSACHE, ES FUNKTIONIERT

Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

schaft nämlich zugleich für die Antwort auf die Frage nach dem *Begriff* ihres Gegenstands. So setzt die funktionelle Betrachtungsweise die *Anerkennung* der unter sie subsumierten Sachverhalte an die Stelle ihrer Erklärung. Und das ist kein Fauxpas, sondern das Gütesiegel eines moralisch intakten wissenschaftlichen Denkens. Mit der Ermittlung von Funktionen wahr der akademische Sachverstand die Form des wissenschaftlichen Urteils und gibt darin nichts als den Willen zur *Akkomodation* an die als Ermöglichung nützlicher Dienste charakterisierte Welt kund. Das Argumentieren mit Funktionen ist die mit dem Anspruch auf Notwendigkeit und wissenschaftlichen Einblick vollzogene Verpflichtung des Verstandes auf die Welt, so wie sie nun einmal ist.

P. S.: Dem Einwand, in den Wissenschaften sei doch nicht nur vom Funktionieren, sondern auch von mancher Dysfunktionalität die Rede, man habe also auch die Kritik am Funktionsbegriff zu berücksichtigen, ist leider nicht recht zu geben. Die Feststellung einer Dysfunktion legt den Fehler des funktionellen Denkens nicht ad acta, sondern setzt ihn – negativ – fort. Wer von Dys- redet, teilt nämlich das Interesse am Funktionieren, indem er die von ihm für wünschenswert erachteten Dienste am Objekt *vermisst*. Die Aufstellung einer Dysfunktionalität ist also eine *Rettung* des Funktionalismus, weil eine Kritik auf seiner eigenen Grundlage!

Scholz von der Universität des Saarlandes, in der SZ vom 21.1.05. Der billigen ideellen setzt er die einzig wahre, weil wirkliche Wertschätzung entgegen, die der Ökonom dem Menschen erweist, wenn er ihn als „*Humankapital*“ nach seinem Wert schätzt: So werden „*die Beschäftigten nicht nur (!) als Kostenfaktor, sondern zugleich als schützenswertes Kapital*“ (Scholz, SZ) gesehen. Insofern der Mensch als Produktionsfaktor dem Unternehmer eine ordentliche Rendite abwirft, *ist* er doch wertvoll und wird keineswegs missachtet – wer wollte darin eine „*Degradierung*“ entdecken? Während die Sprachwissenschaftler bemängeln, dass der Mensch „*nur*“ als Diener an fremdem Eigentum wahrgenommen wird, kontern die Wirtschaftswissenschaftler, dass man a) überhaupt nichts Schöneres von ihm berichten und ihn in dieser Rolle gar nicht hoch genug schätzen kann, und b) solch berechnendes Interesse an ihm doch die einzig senkrechte, weil materielle Grundlage seiner Wertschätzung darstellt. Wirklich ein schöner Streit.

## Sprüche & Widersprüche

### „Gefährliche Armut

Kabul (AFP/AP) – *Drei Jahre nach dem Ende der Taliban-Diktatur in Afghanistan gehört das Land zu den ärmsten der Welt. Das geht aus einem Bericht der Vereinten Nationen hervor, der am Montag in Kabul vorgelegt wurde. Das Land könnte wieder eine gefährliche Entwicklung nehmen, wenn nicht mehr zur Hebung des Lebensstandards getan werde, warnen die UN-Experten. Afghanistan liegt an sechster Stelle der ärmsten Staaten der Erde. Mit 44,5 Jahren beträgt die Lebenserwartung der Afghanen etwa 20 Jahre weniger als in den benachbarten zentralasiatischen Nationen. Die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut, obwohl die Wirtschaft zuletzt um 25 Prozent gewachsen ist.* (SZ 22.02.05) Schön, dass die Afghanen endlich frei sind.

Macht nichts, dass sie noch mehr hungern und noch früher sterben als zuvor. Auch die Freiheit hat ihren Preis.

Blöd nur, dass sie vielleicht nicht friedlich hungern, sondern das zum Anlass nehmen könnten, Unruhe zu stiften.

Unter diesem Ruhe- und Ordnungs-Aspekt würde der UNO glatt einleuchten, dass man „mehr zur Hebung des Lebensstandards“ tun sollte. Aus dem selben Grund wird aus der Fütter-Aktion dann wohl auch nicht allzu viel werden.

### Die Religion ist doch nicht sinnlos

„*Rund 2500 Führungskräfte aus ganz Deutschland nehmen an der Veranstaltung unter dem Motto ‚Mit Werten in Führung gehen‘ teil. Vertreter aus Wirtschaft und Kirche vermitteln die für den beruflichen Aufstieg relevanten christlichen Werte, in Vorträgen und Seminaren mit Titeln wie ‚Kritisieren ohne zu verletzen‘, ‚Umgang mit Erfolg und Niederlagen‘ und ‚Harmonie um jeden Preis‘.*“ (Fürther Nachrichten, 21.01.05)

Na dann:

Personal abbauen, die Konkurrenz zum Teufel hauen – besser geht's mit Gottvertrauen!

### Schlechte Umfragewerte für Europa

„*Umfrage: EU-Beitritt senkt Lebensstandard Nürnberg (dpa) – Neun Monate nach der EU-Erweiterung haben viele Bürger in den zehn neuen Mitgliedsstaaten ihre Erwartungen an eine Verbesserung ihres Lebensstandards deutlich zurückgeschraubt. Inzwischen erhoffe sich davon nur noch jeder Achte bessere Lebensbedingungen; vor einem Jahr sei es noch jeder Dritte gewesen, so eine Umfrage des Konsumforschungsinstituts GfK. Immerhin 38 Prozent erwarten nun im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt sogar ein Absinken ihres Lebensstandards. Mit positiven Wirkungen des EU-Beitritts rechnen sie allenfalls in fünf Jahren. Die GfK hatte mehr als 8300 Menschen in den zehn Beitrittsländern befragt.*“ (SZ 18.02.05)

Das haben sie nun davon, die empirischen Sozialforscher! Erst stiften sie die Leute zu dem Schwachsinn an, die EU-Erweiterung, die mit dem Wohl der Leute rein gar nichts zu tun hat, theoretisch auf ihre Lebensumstände zu beziehen – und was kommt raus? – Das eine Mal erwarten sich die Leute eine rosige Zukunft, und das nächste Mal sehen sie einfach nur ganz schwarz...

## Arbeitslos, unzufrieden? Egal! NPD wählen gehört sich nicht! Was der politische Anstand alles verlangt

Die NPD-Leute im sächsischen Landtag sollen angeblich sehr „professionell“ arbeiten, „gut vorbereitet“ und „abgeklärt“ bei Themen mitreden, die man ihnen „gar nicht zugetraut“ hätte, so eine Runde berufsmäßiger Politikbeobachter in der „Pressestunde“ der ARD. Hätten sie sich neulich nicht mit ihrem Spruch zum „Bombenholocaust“ der Weltkriegsalliierten gegen Dresden und der Verweigerung des nationalen Gedenkens in Sachen Judenmord wieder einmal daneben benommen, man könnte sie von gewöhnlichen CDU-SPDlern kaum unterscheiden beim parlamentarischen Traktieren des lebendigen und sachlichen Inventars des sächsischen Standorts. Über die politischen *Gesichtspunkte*, unter denen sie sich *kritisch* mit der Lage der Nation auseinandersetzen, die sie grade ein kleines bisschen mitregieren dürfen und gerne ganz von den Demokraten übernehmen würden, hört man eher wenig von Seiten der aufgeschreckten bürgerlichen Parteien und ihrer Öffentlichkeit.

Dafür aber umso mehr „Forderungen“ nach „politischer Auseinandersetzung“ mit den Rechtsradikalen, die alle demokratisch verantwortlichen Fühlenden in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Medien an sich selber und alle anderen richten. Und einiges über *Schuld* und *Verantwortlichkeit*, die Wahlerfolge der Rechten betreffend. Das gibt im-merhin schon einmal Auskunft über die *Gesichtspunkte der Demokraten* beim Umgang mit den Folgen ihrer Regierungstätigkeit. Die Macht, mit der sie die Nation verwalten und die sie sich selbst grundgesetzlich zur *exklusiven Nutzung* verschrieben haben, wollen sie nach der Unterwerfung der Linken auch mit den Vereinen von der faschistischen Systemkonkurrenz keinesfalls teilen. Deren Aufschwung gilt den demokratischen Abonnten der Regierungsgewalt vielmehr als *politisches Unglück*, für das manche aber durchaus *Zuständige* benennen können. Das ist man als im Parteienwettbewerb stehender Demokrat diesem schönen System schuldig, das man einerseits vor den rechten Nicht-Demokraten „retten“ muss und andererseits vor der Unfähigkeit der demokratischen Mitbewerber, die die Rechten stark macht. Diese Denunziation ist man dem *Erfolg* der eigenen Partei in diesem schönen System schuldig.

\*

Deswegen reibt der bayrische Möchtegern-Kanzler Stoiber dem regierenden Schröder einen „politischen Zusammenhang“ hin, der sich gewaschen hat: Der Kanzler sei nicht nur für *fünf Millionen Arbeitslose*, sondern auch – und deswegen – „*direkt verantwortlich für das Erstarken der Rechtsextremisten*“, deren „*Nährboden die Arbeitslosigkeit*“ sei. (SZ, 10.02.05) Und auch der neue CDU-Generalsekretär Kauder möchte nicht versäumen, gesagt zu haben, dass „*die Menschen*“ in Deutschland von „*Ängsten und Sorgen*“ geplagt seien, auf die die Politiker „*eingehen*“ müssten, da „*sonst hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit die Menschen zu extremen Parteien treibt*.“ (SZ, ebd.)

Diese interessante Kritik bringt den zeitgenössischen *demokratischen Extremismus* gegenüber *Wählern*, die nicht umstandslos der *freiheitlich-kapitalistischen Praxis* der nationalen Führer anhängen, *demokratischen Konkurrenzparteien*, die man aus der Regierung verdrängen will, und gegen die *Rechtsparteien*, die man einfach gern los wäre, schön zur Anwendung:

Sie nimmt sich erst einmal nicht die Rechtsradikalen vor, sondern die „*Ängste und Sorgen der NPD-Wähler*“. Deren aus ihrer Lage geborene *Unzufriedenheit* gehört sich eigentlich nicht in einem gut regierten Gemeinwesen! Jedenfalls nicht so, dass sie sich für eine grundfalsche politische Richtung, also für ein irgendwie geartetes Dagegensein mobilisieren lässt! Tut sie das, so hat sie, wie im vorliegenden Fall, den Vorwurf des „*Nährbodens des Rechtsextremismus*“ verdient und die Unzufriedenen im Lande finden sich unversehens als „*brauner Sumpf*“ wieder, ausgegrenzt aus der demokratischen Volksgemeinschaft der Anständigen. Dass die Unzufriedenheit der rechten Wähler *falsch, also nicht gerechtfertigt* ist, sieht man daran, dass sie der NPD zu zählbaren Erfolgen verhilft. Sie gehört deswegen kritisiert und nach Möglichkeit kriminalisiert.

*Richtige, also demokratisch legitime Unzufriedenheit* würde nämlich auf die „*schlechte Arbeitsmarktpolitik*“ der Rot-Grünen, die einen Unwillen hervorruft und zulässt, den es – wären die Christen am Ruder – gar nicht bräuchte, anders reagieren: nicht mit der Wahl der falschen, sondern der korrekten Partei, hier selbstverständlich der CDSU. Insofern, aber auch *nur* so, ist die Unzufriedenheit der von ihrem demokratischen Regime traktierten Wähler ein *Lebenselixier der Freiheit*: Solange sie sich verlässlich in immergleichen Regierungsaufträgen an die von den demokratischen Parteien *monopolisierten Wahlalternativen* im Dienste eines rechtsstaatlichen, kapitalistischen Wachstums niederschlägt. Die von der Union erwünschte Kritik an der Regierungspolitik von unten gilt also nur dann etwas, wenn sie sich von Stoiber und Co ausnützen lässt und nicht von den Rechten. Als Quintessenz dieser „politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus“ bleibt also übrig, dass dieser sich auf einen Unmut im Volke bezieht, der sich so einfach *nicht gehört*, und diese falsche Unzufriedenheit auch noch für seine politische *Gegnerschaft* zu „unserem“ freiheitlichen System ausnützt.

\*

In diesem Punkt ist sich die SPD mit ihren Kritikern von der Union einig: Die faschistische Systemalternative zu wählen ist in jedem Fall „*unanständig*“. Das wollen die Führer der SPD den Wählern auch in aller Deutlichkeit gesagt haben, die sich herausnehmen, die Art, wie ihnen von der Regierung im Zuge des nationalen Verarmungsprogramms für Aufschwung und deutsche Weltgeltung mitgespielt wird, mit dem Wählen falscher Parteien zu quittieren. Deswegen stellt der Parteivorsitzende Müntefering die Verantwortung in der causa NPD unmissverständlich klar:

„*Verantwortlich für die Erfolge der NPD sind allein die Wähler. Niemand hat das Recht, aus Protest die Rechtsradikalen zu wählen.*“ (ARD-Tagesschau, 12.2.05)

Nun weiß natürlich jeder, dass er das „*Recht*“ hat, die NPD zu wählen, solange sie auf den Wahlzetteln steht. Jeder weiß aber auch, wie Müntefering das gemeint hat: In Deutschland, das die *Abkehr* vom Nationalsozialismus und seinen – national bilanziert – völlig *erfolglosen* Verbrechen zur *Staatsräson* gemacht hat; das nicht müde wird, die Taten der Nazis für so „*singulär*“ zu erklären, dass sie mit dem eigentlich grundguten deutschen Wesen und Staatswesen als „*Unfall der Geschichte*“ gar nichts mehr zu tun haben; und das seiner *Geschichte* die erzimperialistische *Verpflichtung* entnimmt, gegen alle anderen immer größer und stärker zu werden, um für alle Zukunft ein besonders wachsames Auge auf alles Böse in aller Welt haben zu können; in diesem Deutschland ist die Wahl der politischen Richtung, die die Nation schon einmal so gründlich vergeigt hat wie nie zu vor, eine Frage des *moralischen Rechts*, eine *Frage des Anstandes* also. Und der muss – Arbeitslosigkeit hin, Hartz IV her – auch in schwierigen Zeiten gewahrt werden. Politischer Anstand besteht heute wie immer darin, Gegnerschaft gegen die herrschenden Verhältnisse, für die es sowieso *keinen guten* – also von den Verteidigern dieser Verhältnisse *anerkannten* – Grund gibt, gefälltigst bleiben zu lassen.

So reiben die Rotgrünen Stoiber und der CDU den Vorwurf hin, mit ihrem in bester denunziatorischer Absicht aufgetragenen „*Zusammenhang*“ von Arbeitslosigkeit und Rechtsradikalismus den NPD-Wählern ein ganz unangebrachtes *Verständnis* entgegen zu bringen und eine *Rechtfertigung* ihres völlig verfehlten Wahlverhaltens geliefert zu haben. Diesen „*politischen Fehler*“ treten die Regierung und ihre Sympathisanten genüsslich breit, nennen ihn „*bösartig*“ und fordern die „*Solidarität der Demokraten*“ ein von den Christen: Darüber, dass es in der Demokratie kein Recht zum Dagegensein gibt ohne das Dafürsein für eine demokratische Alternative, war man sich doch bisher einig als gemeinsames Abgrenzungskriterium gegenüber den Radikalen! Und in einer mühelosen Verknüpfung von demokratischer Wehrhaftigkeit gegenüber den Rechten und Wahlkampfgenossenschaft gegenüber der Konkurrenz erklärt Schröder Stoibers „*Schuldzuweisungen*“ an die Regierung zur demokratisch unakzeptablen Argumentationshilfe für

## Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

Wahlen gelten allgemein als das Gütesiegel der Demokratie. Dass das Volk in regelmäßigen Abständen dazu aufgerufen wird, sich als „oberster Souverän“ zu betätigen und aus der Riege der Politiker diejenigen auszuwählen, die dann die Macht im Staate ausüben, unterscheidet nach allgemeinem Dafürhalten die Demokratie wesentlich von anderen Formen Staat zu machen.

In der Demokratie, heißt es, wird so die Staatsgewalt nicht einfach selbstherrlich, sondern mit Zustimmung der Bürger ausgeübt. Da fragt man sich, was das heißen soll, denn:

1. Dass über Wahlen in der Demokratie die Macht mit Zustimmung der Bürger ausgeübt wird, nimmt ja nicht zurück, dass auch in der Demokratie, Wahlen hin oder her, Macht, also Herrschaft, ausgeübt wird. Damit ist
2. aber auch klar, dass die Macht, die mit Zustimmung der Bürger ausgeübt wird, ihr Maß und ihr Kriterium nicht im Bürger hat. Denn wäre dem so, bräuchte es keine Gewalt. Und im Übrigen müsste dann die Zustimmung der Bürger nicht immer wieder neu eingeholt werden. Was ist also das Besondere der Demokratie und ihrer Wahlen? Oder anders:

## Was leisten demokratische Wahlen wirklich?

Und zwar

- für den demokratischen Staat und die politischen Herren, die das demokratische Volk regelmäßig zur Urne bitten und Wahlen für so wichtig halten, dass sie auch andere Völkerschaften damit beglücken wollen – notfalls mit Gewalt und auch dann, wenn dort ansonsten nur Krieg und Hunger herrschen

- und für das Volk, dessen Einmischung in die Politik auf das Ankreuzen von Politikern schon festgelegt ist.

Gelegenheit zur Diskussion gibt es am

**Mittwoch, 20. April 2005 um 20.00 Uhr  
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen**

Weitere Termine im SS 2005: 18.05.05, 22.06.05

die, „*die im braunen Sumpf im Trüben fischen*“, und die, die sie leisten, für völlig „*regierungsunfähig*“.

\*

Das ist ein Urteil, zu dem die NPD und ihre Anhänger hinsichtlich *aller* demokratischen Parteien schon lange gekommen sind und das sie mit Eifer verbreiten. Für sie ist das Elend der Volksgenossen und die grassierende Arbeitslosigkeit nicht so sehr ein *persönliches* Problem und auch kein *soziales* in dem Sinne, als sie auf die sozialverträgliche Lösung „*marktwirtschaftlicher Probleme*“ losgehen würden. Anspruchslöse Bescheidenheit wissen sie am Arbeitsmann so sehr zu schätzen wie ihre demokratischen Gegner. Den Zustand der deutschen Arbeiterklasse halten sie eher für ein *nationales* Trauerspiel, weil Macht und Pracht der Nation, wovon die kostengünstige *Würde der Schaffenden* nur ein Abglanz ist, unter der Brachlegung großer Teile der nationalen Arbeitskraft leiden, die sie für eine wichtige Ressource für Volk und Staat halten. Wo die demokratischen Herren des Landes *kapitalistisch korrekt* die massenhafte Verbreitung von Armut, die heute wieder so heißen darf, als Aufbruchs-, Reform- und Aufschwungsbedingung propagieren, die Deutschland „*fit für die Zukunft*“ machen soll, insistieren die Rechten *kapitalistisch unkorrekt* darauf, dass es sich bei den obwaltenden Zuständen um eine *nationale Schande* handle. Denen, die für diese Zustände politisch verantwortlich sind, sagen sie nicht ganz zu Unrecht nach, dass sie sie schon auch so wollten, um sie dann, weil sie das arme Deutschland als das wahre Opfer der demokratischen „Systemparteien“ sehen, als Verräter an der Nation anzuprangern. Ihre Agitation geht darauf, den pflichtvergessenen demokratischen Führern die Gefolgschaft aufzukündigen und sich zur wahren Anständigkeit des guten Deutschen zu bekennen, die vor dem Aufbau der vollbeschäftigten und ausländerfreien Volksgemeinschaft erst einmal die Beiseitigung der falschen Führung erfordert. Dieser schöne Dialog darüber, was sich im Lande (nicht) gehört, wird konsequenterweise durch die jüngsten Überlegungen der Staatsmacht belebt, die sich im Besitz des besten Argumentes zur Entscheidung politischer Anstandsfragen weiß: Sie winkt einmal mehr mit der Waffe des gerichtlichen Verbotes des lästigen Vereins. So schwingt sich die „politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus“ zu angemessenen demokratischen Höhen auf. Manche Diskussionsbeiträge, so scheinen die Diskutanten im Lager der Freiheit über ihr Spiel mit dem Für und Wider eines Parteienverbotes zu denken, sind einfach so gut, dass sie vielleicht schon manchen überzeugen, bevor man sie eingesetzt hat. Und wenn es hilft, so ihr Standpunkt, wer wollte dann darüber klagen, dass dieses Argument der Demokraten gegen die Rechten das einzig schlagende ist.

**Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 1-05**

Bestellungen beim Gegenstandpunkt-Verlag,  
Türkenstr.57, 80799 München; Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05

Email: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

## GEGENSTANDPUNKT 1-05

Die Freiheit auf dem Vormarsch, Revolutionen per Stimmzettel: **Amerika spendet den Völkern der Welt Freie Wahlen**

Die demokratische Wende der Ukraine: Der Ost-West-Gegensatz in seiner heutigen Fassung kommt voran. **Eine Einführung in die ukrainische Demokratie**

**Demokratisierung des Irak:** Wahlen als untaugliches Mittel zur Entscheidung des Machtkampfs im Irak, und warum sie dennoch sein müssen

„Broader Middle East“: **Auch das Königreich Marokko ist gefragt.** Mehr Demokratie wagen – für Amerikas Weltordnung und/oder die Rettung der ma-rokanischen Monarchie **Großbritannien, der Pionier moderner Sozialreformen.** Ein Lehrstück über das Patentrecht, Lohn und Sozialhaushalt als Waffe der Standortkonkurrenz in Anschlag zu bringen

**Chronik – Kein Kommentar!**

**Der Streit um die Mitbestimmung**

1. Mitbestimmung – der Schein einer betrieblichen Gesamtkörperschaft von Kapital und Arbeit

2. „Die Mitbestimmung auf dem Prüfstand“ „**Patriotismusdebatte der Union:** Aufklärung über den notwendigen Zusammenhang zwischen Verblödung und Liebe zum Vaterland **Seebeben im Indischen Ozean:** Lehren aus einer Naturkatastrophe

**Filmemacher van Gogh erstochen – „Multikulti gescheitert!“ Europas Politiker erweitern ihren Antiterrorkampf um einen Kulturkampf gegen „Integrationsverweigerung“**

1. Der Anlass in den Niederlanden: ein intellektueller Kulturkampf und ein Mord aus beleidigter religiöser Ehre

2. Politik und Öffentlichkeit interpretieren Opfer, Täter und Verbrechen um: „Multikulti gescheitert“, die „Gefahr der Parallelgesellschaft“ droht

3. „Kampf gegen den Terror“ – also auch gegen die verdächtige Gesinnung, die in fremden Sitten und Gebräuchen zum Vorschein kommt

4. Kampf der „Integrationsverweigerung“

5. Die Konsequenzen des wehrhaften Rechtsstaats:

6. Kulturkampf auch noch der intellektuellen Sittenwächter

**Das neue Luftsicherheitsgesetz: Feuer frei für den „finalen Rettungsabschluss**

**Der wahre Skandal an der Verarmung durch Hartz IV: Die unverdienten „Nebenverdienste“ derer, die sie ins Werk setzen!**

**Airbus, Huygens, Telekom – Was der deutsche Imperialismus alles kann: Schröders Rollout zum Jahresanfang**

**Sensation aus Davos: Schröder für Attac!**  
Im Buchhandel erhältlich:  
Ex Libris, Bismarckstr.9, 91054 Erlangen / Bahnhofsbuchhandlung Schmidt&Hahn, Bahnhofspl.8, 90456 Nürnberg / Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg / Hugendubel, Ludwigspl.1 90403 Nürnberg / Rüssel, Frankenzentrum, Glo-gauer Str. 38, 90473 Nürnberg